

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuß**

25. Sitzung  
am Donnerstag, dem 5. Dezember 1996, 10.00 Uhr,  
Sitzungszimmer des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Holger Astrup (SPD)

Uwe Döring (SPD)

Ursula Kähler (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Fehlende Abgeordnete**

Reinhard Sager (CDU)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

**Landtagsverwaltung**

MR Rüdiger Breitkopf

**Weitere Anwesende**

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Flexibilisierung des Haushaltsvollzugs in der Staatskanzlei (Einzelplan 03) gemäß § 10 a LHO - Experimentierklausel</b> Vorlage des Ministers für Finanzen und EnergieUmdruck 14/236	<b>4</b>
<b>2.</b>	<b>Information/Kenntnisnahme</b>	<b>6</b>
<b>3.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>6</b>

Der Vorsitzende, Abg. Hay, eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Flexibilisierung des Haushaltsvollzugs in der Staatskanzlei (Einzelplan 03) gemäß § 10 a LHO - Experimentierklausel**

Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie  
Umdruck 14/236

Abg. Neugebauer trägt vor, die Fraktion der SPD begrüße es, daß sich die Staatskanzlei mit der Flexibilisierung des Haushaltsvollzugs in ihrem Bereich "an die Spitze der Bewegung" gesetzt habe. Sie erwarte allerdings, daß dem Finanzausschuß vierteljährlich über die Inanspruchnahme der Flexibilitäten berichtet werde, und gehe davon aus, daß das Projekt zunächst auf zwei Jahre angelegt sei.

Abg. Stritzl erklärt, die Fraktion der CDU bezweifle, daß die Staatskanzlei das geeignete Ressort für ein derartiges Pilotprojekt sei. Der Erwartung, daß der Finanzausschuß vierteljährlich über die Inanspruchnahme der Flexibilitäten informiert werde, schließe sich die Fraktion der CDU an, plädiere allerdings für eine einjährige Erprobungsphase mit der Option einer Verlängerung auf zwei Jahre im Bedarfsfall.

Abg. Heinold findet es richtig, erste Erprobungen mit der Flexibilisierung des Haushaltsvollzugs gerade im Bereich der Staatskanzlei vorzunehmen; erstens mache es Sinn, mit einem "schwierigen Teil" zu beginnen, und zweitens sei eine Produktdefinition in der Staatskanzlei schon etwas Reizvolles. Gegen eine Verkürzung der Berichtszeiten auf ein Vierteljahr habe sie keine Bedenken, bitte allerdings, daß sich der Ausschuß über den Inhalt der Berichte zuvor verständigt. Die Berichte sollten in einer Weise abgefaßt werden, die es ihr erlaube, die Zahlen mit wenig Aufwand lesen und kontrollieren zu können.

Der Vorsitzende erklärt, er gehe davon aus, daß der Finanzausschuß zeitnah unterrichtet werde, was zur Konsequenz habe, daß der erste Bericht über Flexibilisierungen in der Staatskanzlei im April 1997 vorliegen müsse. Bei dieser Gelegenheit werde man feststellen können, ob der Bericht den Vorstellungen des Ausschusses entspreche. Er bitte allerdings - so betont der

Vorsitzende -, den Bericht nicht zu umfangreich zu gestalten, damit nicht auf diese Weise die Kontrolle durch das Parlament unnötig erschwert werde.

Abg. Döring wiederholt seinen Vorschlag aus der vorigen Sitzung, Abweichungen von weniger als 10 % vom Ansatz sowie Minimalbeträge - beispielsweise in der Größenordnung von 10 000 DM - in dem Bericht unberücksichtigt zu lassen. Der Vorsitzende schlägt demgegenüber vor, die Entscheidung über Umfang und Inhalt des Berichts zunächst der Staatskanzlei zu überlassen und auf die Vorschläge des Abg. Döring bei Bedarf zurückzugreifen.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU spricht sich der Ausschuß dafür aus, die Flexibilisierung des Haushaltsvollzugs für die Jahre 1997 und 1998 zuzulassen; die Entscheidung, eine vierteljährliche Berichterstattung über die Inanspruchnahme der Flexibilitäten vorzusehen, fällt einstimmig.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Information/Kenntnisnahme**

Der Ausschuß nimmt die Vorlagen **Umdrucke 14/275, 14/277** und **14/280** zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

a) Abg. Stritzl bittet, den **Personalhaushalt für 1997** insofern zu aktualisieren, als nicht die Ist-Zahlen des Jahres 1995, sondern die des Jahres 1996 der Berechnung zugrunde gelegt werden. St Dr. Lohmann merkt an, daß das Kabinett am 10. Dezember die sogenannte Nachschiebeliste verabschieden werde. Zu diesem Zeitpunkt lägen aber die Ist-Zahlen für 1996 noch nicht vor.

Auf eine Frage der Abg. Peters erklärt St Dr. Lohmann, daß dem Finanzausschuß die vorläufigen Ist-Zahlen des Jahres 1996 Anfang kommenden Jahres selbstverständlich zugeleitet werden.

b) St Dr. Lohmann beantwortet eine Frage der Abg. Heinold über die **Zusammenlegung der Rechenzentren der Oberfinanzdirektion und der Datenzentrale** dahin, daß dem Kabinett eine zwischen Innenministerium und Finanzministerium abgestimmte Vorlage zur Entscheidung vorliege und daß der Finanzausschuß unverzüglich über diese Entscheidung informiert werde. Die haushaltsmäßigen Auswirkungen fänden im übrigen in der sogenannten Nachschiebeliste ihren Niederschlag.

c) Abg. Stritzl merkt an, daß seines Wissens das Kabinett voraussichtlich in der Sitzung am 10. Dezember endgültig über die **Umzugspläne der Landesregierung** befinden werde, und bittet, die Abgeordneten umgehend zu unterrichten. - St Dr. Lohmann sagt dies zu.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 10.20 Uhr.

gez. Hay  
Vorsitzender

gez. Breitkopf  
Geschäfts- und Protokollführer